

## SONNTAGSFRÜHSTÜCK

**ZUM SCHMUNZELN:** Waren Zeitungsanekdoten von 1916 zu Kaffee und Zopf **SEITE 11**

## MAIL-ART

**LUST AM FABULIEREN:** Zeigt Georges Bretscher in seinen Werken **SEITE 13**

## AMY MACDONALD

**FOLK IM STADION:** Die junge Sängerin mit der tiefen Stimme wirkte direkt und offen **SEITE 15**



# Im Notfall droht der Umzug in ein Hotel

Eigentlich sind sie für Leute gedacht, die von Obdachlosigkeit bedroht sind. Doch in den städtischen Notwohnungen leben zum Teil seit Jahren dieselben Leute. Die Notfälle müssen manchmal sogar in Hotelzimmern untergebracht werden.

Am Ende einer Podiumsdiskussion zum Thema Armut stand eine ältere Frau auf und sagte, dass sie nach 25 Jahren aus ihrer Wohnung ausziehen muss, weil der Mietzins nach der Renovation für sie zu hoch sei. Eine neue Wohnung habe sie noch nicht gefunden. Beim städtischen Büro für Notwohnungen habe man ihr gesagt, dass es nicht gut aussehe. «Was passiert mit mir, wenn ich bis in zwei Wochen keine Wohnung gefunden habe?»

Dass auch das Büro für Notwohnungen die Not nicht lindern konnte, ist keine Ausnahme: Das Angebot stösst an Grenzen. Anspruch auf eine Notwohnung hat, wer seit mehr als sechs Monaten in Winterthur angemeldet ist, keine Wohnung mehr findet und

von Obdachlosigkeit bedroht ist. Doch das Büro ist selbst auf Hilfe angewiesen – denn trotz eines Inserats, mit dem es im letzten Winter nach Wohnungen gesucht hatte, mangelt es an Notwohnungen.

Gegenwärtig leben rund 500 Personen in 160 Notwohnungen. Diese sind überall in der Stadt verteilt, wobei in Seen und Veltheim ein grösserer Mangel besteht als in anderen Stadtkreisen. Vom Inserieren sieht die Stadt mangels Erfolg ab: «Das hat nichts genützt. Wir zählen jetzt auf die Kontakt netze unserer Mitarbeiter», sagt Françoise Vogel, Leiterin der Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe. Der Mangel an Notwohnungen wird durch die allgemeine Wohnungsnot

verschärft. Dazu kommt aber ein weiteres Problem: Obwohl die Notwohnungen als Übergangslösung gedacht sind und die Bewohner bei ihrer Suche nach einer anderen Bleibe unterstützt werden, wohnt laut Lars Schädeli, Abteilungsleiter Betreuung und Wohnen, rund die Hälfte der Mieter schon mehr als fünf Jahre darin.

## Günstiger Wohnraum fehlt

Auch Sozialvorsteher Nicolas Galladé (SP) sagt: «Die Notwohnungen sind inzwischen Dauerlösungen geworden, und es wird immer schwieriger, Leute in akuten Notsituationen platzieren zu können.» Inzwischen bringt das Sozialamt die Leute auch in Einzelzimmern unter, zum Beispiel im Personalhaus des Altersheims Adlergarten. Im absoluten Notfall greift die Stadt auf rund zehn Hotelzimmer zurück, der Hausrat muss im Unterhaltszentrum der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte eingestellt werden.

Galladé bestätigt, dass in Winterthur Bedarf an günstigem Wohnraum besteht. Der Stadtrat ist daran, die 2005 formulierte Wohnungspolitik unter Einbezug aller Departemente auszuwerten und zu überarbeiten. Laut



«Die Notwohnungen sind zu Dauerlösungen geworden»

Stadtrat Nicolas Galladé

Galladé sind dabei auch die Beobachtungen der Fachleute bezüglich der Situation bei den Notwohnungen eingeflossen. Abhilfe erhofft er sich auch von einer möglichen Erweiterung des Wohnangebotes der Heilsarmee, mit der das Sozialdepartement derzeit Gespräche führt.

Die Stadt ist aber weiterhin auf den Goodwill der Vermieter angewiesen. Auf Leute wie den Immobilienreuhändler Markus Siegenthaler, welcher der Stadt gegenwärtig sechs Wohnungen zur Verfügung stellt. «Vermieter haben dadurch die Möglichkeit, sich sozial zu engagieren», sagt er. Dies sei für ihn aber nur möglich, weil auch seine Mandanten daran interessiert seien. Drei Wohnungen befinden sich in einem Haus, das im Sommer 2012 abgebrochen wird. Weil das Leerstandsrisiko deshalb hoch ist, können beide Seiten davon profitieren, sagt Siegenthaler. Risiken sehe er eigentlich keine: «Die Kooperation mit dem Büro für Notwohnungen klappt sehr gut.»

Übrigens: Die Geschichte jener Frau, die sich nach dem Anlass zu Wort gemeldet hatte, kam nochmals gut heraus: Sie hat doch noch eine Wohnung gefunden – nicht mit Hilfe der Stadt, sondern über Bekannte.

IKATHARINA BAUMANN



Die Wohnungsnot stellt die Stadt vor erhebliche Schwierigkeiten. Um Notwohnungen zu finden, ist sie auf sozial denkende Vermieter angewiesen und muss auf ungewöhnliche Mittel zurückgreifen. Bild: Heinz Diener

## Verwaltungs AG: Vergleich in der Kritik

Der Liquidator der Verwaltungs AG hat kein Interesse daran, dass der Staatsanwalt gegen die Ex-Chefs vorgeht, die 2,5 Millionen bezahlen.

Kurz bevor die Verwaltungs AG Konkurs anmelden musste, sprangen zwei frühere Verwaltungsräte ab und gründeten die Konkurrenzfirma Wintimmo. Viele Kunden nahmen sie gleich mit. Die Verwaltungs AG konnte das Geld, das diesen Hausbesitzern zustand, jedoch nicht auszahlen. In der Kasse klappte ein riesiges Loch: Der Verwaltungsratspräsident hatte fast 7 Millionen Franken in Baumwollhandels-geschäfte und eine Farm in Australien investiert. Weil das Geld zum Auszahlen der abwanderungswilligen Kunden fehlte, war die Immobilienfirma im Sommer 2008 pleite. Der vom Gericht eingesetzte Sachwalter reichte eine Verantwortlichkeitsklage gegen alle drei Verwaltungsräte ein, und

auch die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte nahm Ermittlungen auf.

Die beiden Ex-Chefs, die vor dem Konkurs absprangen, haben inzwischen einen vorzeitigen Ausweg aus dem zivilrechtlichen Verfahren gefunden: Sie überwiesen 2,5 Millionen Franken auf das Konto der Liquidationsmasse. Im Gegenzug zog Liquidator Felix Rutschmann seine Klage zurück.

### Einspruch auf eigenes Risiko

Der vom Gläubigerausschuss abgesegnete Vergleich ist zwar noch nicht rechtskräftig, doch dass sich ein Gläubiger dagegen wehrt, ist mehr als unwahrscheinlich. Denn die Hürden sind sehr hoch: Wer den Vergleich plätzen lassen will, muss die zugesicherten 2,5 Millionen selbst überweisen und den Verantwortlichkeitsprozess gegen das Duo auf eigenes Risiko führen.

Die Zivilklage ist somit praktisch erledigt. Erst am Anfang der Ermittlungen steht aber die Staatsanwaltschaft. «Die polizeilichen Einvernahmen lau-

fen noch», sagt der mit dem Fall betraute Staatsanwalt Markus Keller. Im Visier hat er neben dem Verwaltungsratspräsidenten, der die Gelder abzweigte, die Verwaltungsräte, die eine Aufsichtspflicht hatten. Im Vergleich erklärt Rutschmann nun, die Verwaltungs AG habe kein Interesse mehr daran, dass gegen die Verwaltungsräte, die den Schaden mit 2,5 Millionen beglichen haben, strafrechtlich vorgegangen wird: Der Liquidator gab deshalb eine Desinteresseerklärung ab.

Marlise Ogilvie, die durch den Kollaps der Verwaltungs AG einen grossen Teil ihrer Ersparnisse eingebüsst hat, ist empört über das Arrangement: Der Schaden sei nicht ganz gedeckt. Und: «Natürlich geht es auch um Geld, das ich verloren habe, doch wichtiger ist, dass die Schuldfrage geklärt wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.» Das sei eine Frage der Gerechtigkeit. Sie hoffe sehr, dass der Staatsanwalt weiterhin gegen alle Verantwortlichen ermittle.

Einfluss darauf, ob ein Verfahren eingestellt wird, kann eine Desinteresseerklärung zwar haben. Entscheidend ist sie nicht. Sie kann sich jedoch bei einer Verurteilung strafmildernd auswirken, weil die Geschädigten zeigen, dass der Schaden beglichen wurde.

### Die Ansprüche der Gläubiger

Rutschmann sagt, eine Desinteresseerklärung sei «immer Teil eines solchen Vergleichs». Dass eine Partei einen Vergleich eingehe, ohne sicherzugehen, dass nach einem strafrechtlichen Urteil keine zivilrechtlichen Forderungen gestellt werden, sei «schlicht undenkbar». Zudem betreffe die Abmachung nur die Verwaltungs AG, für die er eine Strafanzeige eingereicht habe. Nicht daran gebunden sind die rund 200 geschädigten Gläubiger. Er habe der Staatsanwaltschaft deshalb eine Liste mit sämtlichen Namen überreicht. Der Staatsanwalt werde die Betroffenen «vermutlich noch kontaktieren», sagt Rutschmann. **IFELIX REICH**

## Zwei Unfälle mit Zeugenaufrufen

Weil sie auf der Autobahn A1, Fahrtrichtung Zürich, ein Auto überholen wollte, kam eine 71-jährige Frau am Samstag, um 15.15 Uhr, ins Schleudern und wurde verletzt. Die Frau brach das Überholmanöver ab, weil sie von einem nachfolgenden Fahrzeug überrascht wurde. Sie geriet rechts auf die Böschung, wobei sich das Auto überschlug und aufs Dach kippte. Die Kantonspolizei Zürich bittet Zeugen, sich zu melden, Telefon 052 208 1700.

Nur wenig später, um 15.55 Uhr, fuhr eine Autolenkerin, von Sulz kommend, auf der Frauenfelderstrasse stadteinwärts. Auf der Höhe der Autobahneinfahrt A1 schnitt ihr ein dunkler Kombi den Weg ab und gewährte ihr den Vortritt nicht. Die Autolenkerin prallte gegen das Heck des auf die Autobahn abbiegenden Kombis. Der Unfallverursacher fuhr jedoch ohne anzuhalten weiter. Die Stadtpolizei Winterthur sucht nun Zeugen. Sie sind gebeten, sich zu melden unter Telefon 052 267 51 52. (red)